



Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten (VdPP) e. V.

Pressemitteilung des Vereins demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten (VdPP) e. V.

Gesundheit unteilbar

VdPP unterstützt breites Bündnis für ein solidarisches Gesundheitssystem für alle Menschen

Unter dem Motto „Gesundheit unteilbar“ haben sich 136 Organisationen aus dem Gesundheits- und Sozialwesen hinter einem Appell versammelt, der sich für eine gleichberechtigte gesundheitliche Versorgung **aller** Menschen einsetzt. Denn Gesundheit ist ein Menschenrecht, heißt es in dem Appell. Darauf haben sich die meisten Staaten – auch die Bundesrepublik Deutschland in internationalen Verträgen verständigt. Der Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten, VdPP, hat diesen Appell unterschrieben.

„In Zeiten, in denen geflüchtete und auch deutsche marginalisierte Bevölkerungsgruppen immer mehr an den Rand gedrängt werden, müssen wir ein Zeichen setzen: Alle Menschen haben ein Recht auf Gesundheit und auf die notwendigen Arzneimittel,“ so Udo Puteanus, Vorstandsmitglied des VdPP. „Gerade Menschen mit negativen Fluchterfahrung oder marginalisierte Menschen, die keine Krankenversicherung haben oder auf der Straße leben müssen, brauchen Unterstützung.“

Der Appell richtet sich gegen Ausgrenzung und für einen verbesserten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung für alle. Die unterzeichnenden Organisationen sind besorgt über populistische und menschenverachtende Aussagen bis weit in die politische Mitte hinein. „Dabei nutzen sie die berechtigte Unzufriedenheit mit dem Gesundheitssystem vieler Menschen, um schlechte Stimmung gegen Migrant*innen, geflüchtete und armutserfahrene Personen, Menschen mit Behinderungen und andere sozial benachteiligte Gruppen zu verbreiten“ heißt es in dem Appell.

Sozial- und Wohlfahrtsverbände, humanitäre und Menschenrechtsorganisationen, Verbände für Menschen mit Behinderungen, Migrant:innenorganisationen, Beratungsstellen und Gesundheitszentren, Patient:innenvertretungen haben sich hinter diesen Appell versammelt. Sie setzen sich dafür ein, positive Erfahrungen und Lösungsansätze, die sowohl international als auch in Deutschland bereits existieren, aufzugreifen und Lösungen zur Stärkung einer niedrigschwelligen und multiprofessionellen Primärversorgung voranzutreiben. Es gelte gerade jetzt, wo immer mehr Menschen an den Rand gedrängt werden, dem Trend etwas entgegenzusetzen.

Die zudem bereits erkennbaren Verschlechterungen der gesundheitlichen Versorgung für die breite Bevölkerung und die zusätzlichen Kosten für Gesundheit belasten viele Menschen. Der daraus entstehende Frust ist ein gefährlicher Nährboden für Ressentiments und Populismus, heißt es in dem Papier. Dieser Frust werde genutzt, um gegen Migrant*innen, geflüchtete und armutserfahrene Personen, Menschen mit Behinderungen und andere sozial benachteiligte Gruppen Stimmung zu machen. Bis weit in die politische Mitte hinein würden – oftmals auf

faktisch falschen Behauptungen basierend - Ängste geschürt und Feindbilder erzeugt, die die Gesellschaft spalten. Davon profitieren allerdings vor allem rechtsextreme Parteien, wie man inzwischen nachweisen kann.

Die beteiligten Organisationen fordern ein klares Bekenntnis zur Solidarität und gegen das Ausspielen verschiedener Gruppen gegeneinander. „Jeder Mensch in Deutschland hat das Recht auf notwendige gesundheitliche Versorgung, niemand darf dabei diskriminiert werden.“ Gebraucht würden stattdessen gemeinsame Lösungen für einen diskriminierungsfreien und gerechten Zugang zum Gesundheitssystem.

Am Schluss der Erklärung stellen die beteiligten Organisationen konkrete Forderungen. Darin werden u. a. ein einheitliches Krankenversicherungssystem für alle Menschen, multiprofessionelle Versorgung in der Primärversorgung und mehr Prävention und Gesundheitsförderung genannt.

Die gemeinsame Erklärung schließt mit dem Appell ab, die politische Debatte wieder Richtung Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung für alle zu lenken.

Der Appell im Internet unter:

https://www.aerztewelt.org/sites/default/files/Gesundheit-Unteilbar_Appell.pdf

Kontakt:

VdPP
Goldbekufer 36
22303 Hamburg

info@vdpp.de

Mehr Informationen über den VdPP e.V. – www.vdpp.de

Der Verein demokratischer Pharmazeutinnen und Pharmazeuten besteht seit Juni 1989. Im VdPP sind Kolleg:innen organisiert, die sich mit der jetzigen Situation im Gesundheitswesen nicht abfinden möchten.

Vereinsziele:

- Patientenorientierte Arzneimittelberatung und -versorgung
- Evidenzbasierte Pharmazie
- Demokratisierung des Gesundheitswesens und der Standesorganisationen
- Zusammenarbeit aller Akteure im Gesundheitswesen
- Stärkung des Verbraucherschutzes und der Patientenbeteiligung im Gesundheitswesen
- Zugang aller Menschen weltweit zu einer ausreichenden Arzneimittelversorgung
- Begrenzung der Marktmacht der pharmazeutischen Industrie